

Aktuelles

Wegfall der Bedenkzeit bei Scheidung auf gemeinsames Begehren

Die Bedenkzeit bei Scheidung auf gemeinsames Begehren fällt ab 1. Februar 2010 weg. Das gibt Anlass, sich Gedanken darüber zu machen, wann Scheidungskonventionen verbindlich werden und wie das Verfahren künftig gestaltet werden soll.

Aus dem Kantonsgericht

Wiederaufnahme des gemeinsamen Haushalts ([RF.2009.78](#))

Die Ordnung des Getrenntlebens fällt dahin, wenn beide Ehepartner den klaren Willen haben, ihre Gemeinschaft nochmals aufzunehmen und tatsächlich vorbehaltlos für unbestimmte Zeit wieder zusammenleben.

Zuteilung der Familienwohnung ([RF.2009.68](#))

Bei der Trennung eines Ehepaars im vorgerückten Alter soll derjenige Ehepartner in der Familienwohnung bleiben können, der voraussichtlich noch für längere Zeit einen eigenen Haushalt zu führen vermag. Die Auszugsfrist ist vor allem dann knapp zu bemessen, wenn ein Ehegatte den anderen mit der Anwendung häuslicher Gewalt aus der Wohnung vertrieb.

Obhutsentzug bei fremdplatziertem Kind ([BF.2009.18](#))

Stimmt der sorgeberechtigte Elternteil einer Fremdplatzierung des Kindes zu, so ist ein Obhutsentzug erst geboten, wenn sein Verhalten als unberechenbar erscheint.

Rechtsöffnung beim Mündigenunterhalt ([VZ.2009.32](#))

Damit gestützt auf eine im Eheschutzverfahren genehmigte Vereinbarung Rechtsöffnung für den Unterhalt eines mündigen Kindes erteilt werden kann, muss aus dem Wortlaut klar hervorgehen, dass der Unterhaltsbeitrag über die Mündigkeit hinaus geregelt werden soll.

Unentgeltliche Rechtspflege für die güterrechtliche Auseinandersetzung ([RF.2009.100](#))

Die Ablehnung der unentgeltlichen Rechtspflege mit dem Hinweis, das Begehren auf Durchführung einer separaten güterrechtlichen Auseinandersetzung würde besser am ausländischen Gerichtsstand der gelegenen Sache erhoben oder wegen voraussichtlicher Uneinbringlichkeit der Forderung ganz fallen gelassen, ist nicht zu begründen.

Aus dem Bundesgericht

Erwerbsarbeit neben Kindererziehung (BGer 5A_6/2009)

Auch eine lebensprägende Ehe zieht nicht automatisch einen Unterhaltsanspruch nach sich. Zwar wird die Eigenversorgung durch die fortbestehende Aufgabe der Kinderbetreuung in der Regel eingeschränkt. Eine Erwerbstätigkeit ist aber neben der Erziehung von Kindern im Schulalter zumutbar, wenn ein Ehegatte schon bisher einem Beruf oder einer Ausbildung nachging und die Kinder während seiner Abwesenheit fremd betreuen liess.

Schätzung von Liegenschaften (BGer 5A_591/2009)

Der Verkehrswert eines überbauten Grundstücks wird grundsätzlich aus einer Kombination von Real- und Ertragswert ermittelt. Die Gewichtung hängt von der Art des Objektes ab. Der Verkehrswert von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern orientiert sich zwar vor allem am Realwert. Das bedeutet aber nicht, dass es allein auf diesen Substanzwert ankommt.

Angeordnete Mediation (BGer 5A_457/2009)

Die in Art. 307 Abs. 3 ZGB umschriebene Befugnis, den Eltern Weisungen zu erteilen, ist eine hinreichende Grundlage zur Anordnung einer Mediation, in der den Eltern Gelegenheit gegeben werden soll, die Bedürfnisse des Kindes zu entdecken und ihren Dialog wieder aufzunehmen.

Kontakt zwischen Grosseltern und Enkeln (BGer 5A_355/2009)

Eine Möglichkeit zum regelmässigen Kontakt mit einem Kind kann auch Verwandten, namentlich Grosseltern eingeräumt werden, wenn das im Interesse des Kindes liegt. Ein Umgangsrecht kommt aber nicht in Betracht, wenn die Grosseltern sich in einen andauernden Konflikt mit der sorgeberechtigten Mutter verwickelt und diesen vor dem Kind ausgetragen haben.

Aus der Gesetzgebung

Der Vorsorgeausgleich bei Scheidung soll verbessert werden

Gestützt auf die Vorarbeiten einer Expertenkommission schlägt der Bundesrat eine Reihe von Änderungen vor, um Mängel der geltenden Regelung des Vorsorgeausgleichs bei Scheidung zu beheben. Als wesentliche Neuerung sieht der Vorentwurf vor, dass die während der Ehe geäußneten Vorsorgemittel auch dann noch hälftig geteilt werden, wenn im Zeitpunkt der Scheidung der Vorsorgefall wegen Invalidität oder Pensionierung bereits eingetreten ist.

Die gemeinsame elterliche Sorge soll zur Regel werden

Die gemeinsame elterliche Sorge nach der Scheidung soll künftig zur Regel werden. Dieser Grundsatz wurde in der Vernehmlassung von einer klaren Mehrheit begrüsst. Abgelehnt wurde hingegen der Vorschlag, wonach dem Vater mit der Anerkennung des Kindes das Sorgerecht automatisch zustehen soll. Der Bundesrat hat das EJPD beauftragt, eine Botschaft zur Revision des Zivilgesetzbuchs auszuarbeiten.

Nützliche Hinweise

Informationsplattform AHV/IV

Hier findet man die Rechtsgundlagen rund um die AHV/IV, Merkblätter geben Antwort auf spezifische Fragen und Formulare helfen bei administrativen Abwicklungen. Links und Adressangaben führen sodann zu Institutionen und Organisationen, die nützlich sein können.

SKOS-Richtlinien

Diese Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) definieren das soziale Existenzminimum. Zudem zeigen sie, wie die Sozialhilfe im Einzelfall berechnet wird und mit welchen Massnahmen die berufliche und soziale Integration unterstützt werden kann. Obschon es sich um Empfehlungen handelt, werden sie in der Rechtsprechung als Richtlinien beachtet.

Taggeldrechner der Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse des Kantons St.Gallen stellt einen Rechner für die Bemessung der Entschädigung wegen Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Zudem können die Auswirkungen eines Zwischenverdiensts – im Sinne eines finanziellen Vorteils oder einer Einsparung von Taggeldern – bestimmt werden.